

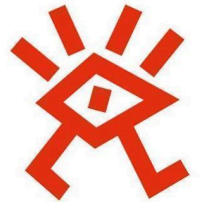
Pressemitteilung

27.01.2026

organisieren
arbeiten
bilden

**Erstes Pressefrühstück des bbk berlin und seinen Tochtergesellschaft kulturwerk:
Ein klarer Appell zu den massiven Kürzungen im Kulturhaushalt**

Berlin schmückt sich mit Kultur, aber lässt die Kunst am langen Arm verhungern



*Am Montagmorgen weisen die Sprecher*innen des bbk berlin auf die weitreichenden Auswirkungen der Kürzungen hin und verdeutlichen, was dadurch langfristig auf dem Spiel steht: faire Arbeitsbedingungen, gesicherte Räume und echte Teilhabe für Bildende Künstler*innen.*

Trotz Haushaltswachstums um vier Milliarden Euro auf 44 Milliarden Euro für 2026/27 schrumpft der Kulturetat auf knapp zwei Prozent. Das ist der kleinste Kulturetat seit Langem. Diese Kürzungen verschärfen die prekäre Lage der Bildenden Künstler*innen in Berlin, wo der Gender Pay Gap bei 28,44 Prozent liegt (über Bundesdurchschnitt von 25%, KSK-Daten 01/2025) und vielen droht die Altersarmut.

Frauke Boggasch, Co-Sprecherin des bbk berlin, kritisiert: "Ich verstehe die Kurzsichtigkeit der Politik nicht. Berlin hat keine Industrie. Diese Stadt lebt von Kunst und Kultur. Und schmückt sich damit."

Und Birgit Cauer, ebenfalls Co-Sprecherin des bbk berlin, weiter: "Es ist hinreichend belegt, dass Investitionen in Kunst und Kultur sich rechnen: Jeder eingesetzte Euro zahlt auf die Stadtgesellschaft und ihre Zukunftsfähigkeit ein. Studien zeigen bereits, dass jeder öffentliche Euro im Kulturbereich zwischen rund 1,7 und über 5 Euro Wertschöpfung auslösen kann."

Auch gehen die beiden Sprecherinnen am Morgen auf die Kürzungen ein, die die Bildende Kunst belasten: Der FABIK (Fonds für Ausstellungsvergütung in kommunalen Galerien, erkämpft 2016 mit verbindlichen Leitlinien) wurde innerhalb von 2024 und 2025 komplett ausgesetzt und 2026 von 650.000 auf 500.000 Euro gekürzt. Sowohl Stipendienprogramme werden eingestellt als auch die künstlerische Forschung auf Null gesetzt. Der bbk berlin setzt sich zudem für rechtliche und soziale Schutzmechanismen ein. Eine geplante und 2023 parlamentarisch beschlossene Vertrauensstelle gegen Machtmissbrauch und sexuelle Diskriminierung, wurde nicht zugewendet.

Um die jüngsten Haushaltskürzungen fachlich einzuordnen, erläuterten die Atelierbeauftragten für Berlin, Julia Brodauf und Lennart Siebert, vom Atelierbüro des kulturwerk des bbk berlin die dramatische Lage der Atelierförderung.

Das Arbeitsraumprogramm (ARP) des Landes Berlin, das unter anderem bezahlbare Ateliers für Bildende Künstler*innen bereitstellt, wurde um mehr als die Hälfte gekürzt.

Das ist eine Trendwende in der Programmgeschichte des seit über 30 Jahren bestehenden Atelierbüros. Anmietungsbeträge sanken von 24,2 auf unter 20 Millionen Euro (-22 Prozent), Investitionen in landeseigene Immobilien von über 21 Millionen auf drei Millionen Euro (2026) und null Euro ab 2027. Die Co-Atelierbeauftragte Julia Brodauf betont, dass das Generalmietermodell – eine zentrale Anmietung und Subvention durch das Land – grundlegende Infrastruktur sichert. Doch nun stehen Hauptmietverträge in Frage, langfristige Zusagen entfallen. Während die grundsätzlichen Standards des Arbeitsraumprogramms im Sparkurs zur Debatte gestellt werden, zeigen 10 000 im Atelierbüro als ateliersuchend gemeldete Künstler:innen den dringenden Bedarf nach bezahlbaren Räumen an. Auf jede erfolgreiche Bewerbung für ein Atelier kamen zuletzt rund 25 Absagen. Auch, dass die landeseigenen Atelierhäuser Baruther Straße, Cuvrystraße und Schönfließstraße zu Jahresende auf Kostenmiete umgestellt wurden, stellt für die dortigen Mieter:innen ein existentielles Problem dar.

Von den Kürzungen ebenfalls massiv betroffen ist die Kunst im Stadtraum.

Kunst im Stadtraum, so erläutert Katinka Theis vom Büro für Kunst im öffentlichen Raum des kulturwerk des bbk berlin, ist ein zentrales Instrument kultureller Teilhabe in der Stadt. Sie erreicht Menschen unabhängig von Herkunft, Bildung oder sozialem Status, schafft Begegnungen im Alltag und eröffnet Räume für gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung. Gerade in Zeiten wachsender Polarisierung leistet Kunst im Stadtraum einen wichtigen Beitrag zur Stärkung demokratischer Werte.

Diese große gesellschaftliche Bedeutung steht jedoch in einem deutlichen Widerspruch zu den aktuellen kulturpolitischen Entscheidungen. So wird der Haushaltstitel 81278 „Künstlerische Gestaltungen im Stadtraum“ im Haushaltsplan 2026/2027 um 66 Prozent gekürzt und soll künftig nur noch 125.000 Euro jährlich umfassen. Gleichzeitig wird das Programm „Draussenstadt“, das 2025 noch 500.000 Euro für bezirkliche kulturelle Projekte im Stadtraum zur Verfügung stellte, vollständig gestrichen. Insgesamt bedeutet dies einen jährlichen Verlust von 750.000 Euro für Kunst und Kultur im öffentlichen Raum.

Die Kürzungen fordern einen hohen Preis:

Berlin hat bisher noch nach New York die höchste Dichte an Bildenden Künstler*innen, doch die KSK-Zahlen zeigen 2024 bereits einen Wegzug von fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Ursachen sind sinkende Einkommen, fehlende bezahlbare Wohn- und Arbeitsräume sowie schwindende Einnahmequellen.

Frauke Boggasch: „Die Zielgruppe darf sich nicht verschieben. Hier muss man unterscheiden: Die Kreativwirtschaft wird immer mehr gefördert, aber Bildende Künstler*innen sind etwas anderes. Bildende Künstler*innen haben andere Gehälter, andere Arbeitsbedingungen und brauchen gezielte Förderung, statt statt systematisch ausgeschlossen zu werden.“

Um diese Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bildenden Künstlerinnen in Berlin noch deutlicher zu machen, führt der bbk berlin bis 31. Januar die Umfrage „Leben und Arbeiten als Bildende*r Künstler*innen in Berlin“ durch.

Birgit Cauer: "Für Künstler*innen ist der öffentliche Raum ein weiteres Arbeitsfeld jenseits des kommerziellen Kunstmarktes. Hier können gesellschaftlich relevante Themen unmittelbar und niedrigschwellig verhandelt werden. Bildende Kunst ist kein Beiwerk und kein Luxus. Bildende Kunst ist ein Motor für gesellschaftliche Teilhabe, ein Ort politischer Debatte und ein wesentlicher Faktor für eine lebendige und vielfältige Stadtentwicklung."

Frauke Boggasch und Birgit Cauer,
Sprecherinnen bbk berlin

